



Artikel publiziert am: 20.10.10

Datum: 20.10.2010 - 22.45 Uhr

Quelle: <http://www.fehmarn24.de/nachrichten/fehmar/sehr-gute-bedingungen-uns-970702.html>

Bundeskanzlerin Merkel verteidigt die Beltquerung, wird aber von Demonstranten ausgepiffen:

"Sehr gute Bedingungen für uns"

LÜBECK/FEHMARN - Von Heiko Witt - Ihr Wagen fuhr direkt vor die Tür der Musik- und Kongresshalle. Was auch am strömenden Regen gelegen haben mag.



© dpa

Angela Merkel heute Abend auf der Regionalkonferenz in Lübeck.

Bundeskanzlerin Angela Merkel stieg aus, lächelte, und ging, begleitet von Pfiffen und Zuglärm aus einem Lautsprecher, schnurstracks hinein, ohne den Demonstranten eines Blickes zu würden

Fast 1500 Christdemokraten aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern sind heute (20. Oktober) zur siebenten Regionalkonferenz der CDU gekommen, auch um die Kanzlerin zu hören.



Angela Merkel hat den geplanten Bau der Festen Fehmarnbelt-Querung verteidigt. Angesichts der zu erwartenden Auswirkungen auf die Ostseehäfen in Mecklenburg-Vorpommern wäre sie zwar froh gewesen, wenn die Beltquerung nicht gekommen wäre, sagte sie.

Als Kanzlerin trage sie aber Verantwortung für das gesamte Deutschland. Der mit Dänemark geschlossene Staatsvertrag sehe „sehr gute Bedingungen für uns“ vor.



© Heiko Witt/Fehmarnsches Tageblatt/F24

Fehmarn-Krone und Feste Beltquerung durchgestrichen. Demo vor der MuK.

Draußen hatten sich mehrere hundert Demonstranten versammelt, um gegen die Verlängerung der Atomlaufzeiten, die Kürzung des Blindengeldes und den Bau der Festen Fehmarnbeltquerung zu demonstrieren.

Nach Angaben von Peter Ninnemann, Sprecher der aus zehn Bürgerinitiativen bestehenden Allianz gegen die Feste Fehmarnbeltquerung, waren 250 Menschen gekommen, die für Ruhe in den Küstenorten der Lübecker Bucht und den Erhalt der schönen Natur auf Fehmarn demonstrierten.

„Wer soll das bezahlen?“, erklang aus den Boxen und später auch „Alles Lüge“ von Rio Reiser.

"Kein neues Stuttgart 21"

Politiker von SPD, Grünen und Linken erklärten in kurzen Ansprachen, sie wollten kein neues „Stuttgart 21“.

„Lasst uns dieses Projekt stoppen. Zeigt Flagge“, rief SPD-Bundestagsabgeordnete Gabriele Hiller-Ohm aus, „es passt alles nicht zusammen: Schuldenbremse, soziale Schieflage und Bau einer teuren Hinterlandanbindung.“ Die Regierung müsse noch einmal ganz neu nachdenken.

„Es ist dringend an der Zeit, dass die Menschen gegen dieses sinnlose Projekt aufbegehren, dass die Region aufsteht“, erklärte der ostholsteinische SPD-Kreisvorsitzende Lars Winter.

„Frau Merkel, schützen Sie nicht die Profite der Industrie und der Planer, schützen Sie die Bürgerinnen und Bürger. Machen Sie endlich Schluss mit diesem Schwachsinnprojekt“, forderte die Vorsitzende der Grünen auf Fehmarn, Christiane Stodt-Kirchholtes.

Die Bundeskanzlerin solle aufgrund der neuen Sachverhalte den Paragraphen 22 im Staatsvertrag zum Ausstieg nutzen.